

## TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P./XIX/54

Bonn, den 18. März 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Einig war in "anti"

94

Schlußbemerkungen zum CDU-Parteitag in Hannover

Von Franz Barsig

3

Steigende Preise auch ohne Lohnerhöhungen

26

Eine Legende wird zerstört

3

Kümmertlicher Ersatz

25

Zur Unterzeichnung des neuen Wiedergutmachungsabkommens mit Israel

4

"Arbeitsgemeinschaft Nationale Politik"

49

Eine politische Neugründung in Schleswig-Holstein

5 - 6

Neue Konturen in Frankreich

82

Politische Möglichkeit oder Protest ?

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Chefredakteur Günter Markscheffel

Einig nur im "anti"

Schlußbemerkungen zum CDU-Parteitag in Hannover  
Von Franz Barsig

Dieser Parteitag, so sagte Dr. Adenauer am Schluß der dreitägigen CDU-Veranstaltung in Hannover, habe bewiesen, daß die CDU einig und geschlossen sei. Beifall rauschte auf, Ja, so fuhr Adenauer fort, wir sind die einzige Partei in Deutschland, die für sich in Anspruch nehmen kann, einig und geschlossen zu sein. Die Delegierten rief es von den Sitzen hoch, der Beifall wurde noch stärker.

Ein schönes Bild, geeignet, Optik zu schinden, aber es war zu schön, um wahr zu sein. Man sollte über den Parteitag der CDU in Hannover nicht spotten, obwohl er in Hülle und Fülle das lieferte, was man als "Schnulze" bezeichnet. Es geht vielmehr darum, ernsthaft zu untersuchen, ob diese Veranstaltung in Hannover für die CDU selber etwas erbracht hat, und es gilt weiter die Frage zu stellen, welche Bedeutung sie für die Politik in der Bundesrepublik hat.

Die von Adenauer so beschworene Einigkeit ist in einem Punkt fast uneingeschränkt zu bejahen. Man war sich einig, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zu bekämpfen, und man war sich sogar einig, dabei nach den alten Rezepten zu verfahren, nämlich ein Zerrbild der SPD zu entwerfen und dann mit eingelegten Lanzen auf diesen Popanz loszustürmen. Aber schon an diesem Punkt beginnt der Zweifel, denn es wird manchen Delegierten gegeben haben, der gewußt hat, daß es sinnlos ist, einen Wahlkampf dieser Art und Weise zu führen. Was 1961 nicht mehr zum Ziele führte, warum sollte es 1965 Erfolg haben?

Aber schon damit hatte sich die Einigkeit erschöpft. Es war eine Einigkeit im anti. Was die CDU aber selber will, was sie in den letzten eineinhalb Jahren der Legislaturperiode zu tun gederkt, das konnte sie nicht sagen, das wurde kaschiert oder in verwaschenen und nichtssagenden Formulierungen zum Beschluß erhoben.

Aber untersuchen wir zunächst einmal, ob dieser Parteitag wenigstens für die CDU selbst ein Gewinn war. Dabei muß man das Plenum des Parteitages verlassen und sich schon die Mühe machen, die ganze Diskussion beispielsweise im Arbeitskreis Grundsatzfragen der Partei verfolgen. Er begann ohnehin mit der Belastung, daß diesem Parteitag eine Grundsatzklärung nicht vorgelegt werden konnte. Zwar wehrt man sich dagegen, von einem Programm zu sprechen - dabei, wie gerne möchte man es haben, - aber fehlte selbst das, was man das Selbstverständnis nannte.

Die Diskussion in diesem Arbeitskreis hat dann deutlich gezeigt, wie spannungsgeladen die Situation ist, weil man nicht weiß, wie man das "C" auslegen und behandeln soll. Die Frage des Abgeordneten Batsch, ob die CDU noch zum "C" in ihrem Namen steht, ob sie eine Resäkularisierung will oder vor einer Entsäkularisierung steht, konnte nicht beantwortet werden.

Wie spannungsreich waren die Diskussionen um die Frage, was die Partei soll und was sie darf. Gerstenmaier und mit ihm viele andere

18. März 1964

plädierten dafür, daß die Willensbildung in allen politischen Fragen unten beginnen müsse, wenn aus der CDU überhaupt eine Partei werden soll. Adenauer war völlig gegenteiliger Meinung. Er will den "Wahlverein" behalten, dem höchstens gestattet werden soll, sich um kommunale Dinge zu kümmern. Wie gut, daß es Mikrophone gab, sonst wäre seine Bemerkung, die Leute wollten nicht diskutieren, sie wollten satt werden - verletzend hingeworfen - untergegangen.

Das ist der wirkliche innere Zustand, in dem sich die CDU befindet. Er wird erhellt durch die Bemerkung eines Delegierten, der verzweifelt fragte, ob die CDU eigentlich eine Partei oder ein "Catcher-Verein" sei. Er kommt zum Ausdruck in dem Nebensatz des Vorsitzenden der Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz, Dr. Kohl, der seine Ausführungen zur Parteireform mit dem Nebensatz verband, "und einigen wenigen, die noch daran glauben".

Und was bedeutet die CDU-Veranstaltung für die deutsche Politik, ist die zweite Frage? Klargemacht hat sie nur eines: die Sozialausschüsse befinden sich in einer Kinderheit, die Belange der Arbeitnehmerschaft finden in dieser Partei wenig Resonanz. Der ganze verzweifelte Kampf, die Lohnfortzahlung nicht mit der Reform der Krankenversicherung junktimäßig zu koppeln, war umsonst. Da es aber in der CDU/CSU in der Krankenversicherungsreform hundert Meinungen gibt, ist damit zu rechnen, daß in dieser Legislaturperiode die Lohnfortzahlung nicht entschieden werden kann. Ein Relikt aus dem vergangenen Jahrhundert wird weiter mitgeschleppt werden und die FDP kann sich ins Pflückerlachen.

Man muß die Entschlüsse dieses CDU-Parteitages genau lesen, dann hat man den Eindruck, hier hat eine Oppositionspartei getagt und nicht eine Partei, die fast 15 Jahre in der Regierung ist. Was hat sie denn in den 15 Jahren getan, wenn sie einen solchen Katalog von Forderungen aufstellen muß?

Am enttäuschendsten aber ist, daß man für die drängenden Aufgaben der Zukunft keine Antworten zu geben vermochte. Für Bildung und Ausbildung, Forschung und Wissenschaft, die soziale Erneuerung, den Strassenbau, für Gesundheit und Städteerneuerung. Wenn man meint, man brauche sich hier der Sozialdemokraten nur an die Rocksöhne zu hängen, dann ist das ein wenig zu billig. Diese Partei hat in Hannover bewiesen, daß ihr Motto, unter dem der Parteitag stand, für sie unerfüllbar ist. Sie kann nicht - wie es in großen Lettern stand - "Die Zukunft gestalten", sie ist höchstens noch befähigt, die Gegenwart mehr schlecht als recht zu verwalten.

Bleibt die Kampfansage an die SPD. Die SPD nimmt sie auf. Sie registriert mit Zufriedenheit, wie ernst man sie nimmt, wie man sie als Gegner fürchtet. Sie weiß, dieser Gegner wird - weil er sich selber gefährdet sieht - so reagieren, wie ein angeschlagener Boxer. Dieser Gegner aber fürchtet die SPD nicht. Im Gegenteil, es ist ihre Aufgabe, ihn hart zu bekämpfen und weiter im Ring herumzutreiben, dann von der beschworenen Einigkeit wird nicht mehr viel übrigbleiben, wenn die nächsten Entscheidungen im Parlament anstehen.

Die "Deutsche Tagespost", ein Blatt, das für die Ideologie der CDU/CSU von großer Bedeutung ist, hat schon vor dem Parteitag geschrieben, "man scheint im alten Trott bleiben zu wollen". Die Zeitung hat Recht behalten. Die CDU tritt weiter.

## Steigende Preise auch ohne Lohnerhöhungen

### Eine Legende wird zerstört

sp - Seit Jahren wird geflissentlich in der deutschen Öffentlichkeit die Legende verbreitet, Preissteigerungen seien die unmittelbare Folge von Lohnerhöhungen. Obwohl diese Behauptung nie richtig war, haben die Gewerkschaften die Maßhaltungsappelle des früheren Bundeswirtschaftsministers und jetzigen Bundeskanzlers immer sehr ernstgenommen. Wesentliche Lohnerhöhungen hat es seit 18 Monaten kaum gegeben. Trotzdem sind die Preise zahlreicher lebenswichtiger Verbrauchsgüter seit vielen Wochen unaufhaltsam gestiegen. Auch die Preise für andere Waren und Dienstleistungen steigen, und nur mit Mühe versuchen die Regierungsparteien gerade in diesen Tagen Preiserhöhungen, zum Beispiel für die Posttarife, zu verhindern. - Dagegen steigen die Gewinne der wichtigsten Industrieunternehmen mit erstaunlicher Regelmäßigkeit. Allein in der Automobilindustrie können seit Jahren Gewinne verzeichnet werden, die in früheren Jahrzehnten auch schon recht ansehnlichen Gewinnspannen in den Schatten stellen. Es kann nicht Aufgabe dieser wenigen Bemerkungen sein, etwa eine Patentlösung für das Problem der Preissteigerungen vorzuschlagen, durch die frühere Lohnerhöhungen längst hinfällig geworden sind. Mit allem Ernst sei jedoch darauf verwiesen, daß es an der Zeit ist, mit der Behauptung Schluß zu machen, nur die Löhne seien für das Steigen der Preise verantwortlich.

+ + +

### Kümmertlicher Ersatz

sp - Das zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland vor zehn Jahren abgeschlossene Wiedergutmachungsabkommen ist um ein Jahr verlängert worden. Die israelische Mission in Köln braucht ihre Zelte nicht abzubauen, sie kann nun wieder für ein Jahr ihre Tätigkeit ausüben. Diese Lösung kann niemanden so recht befriedigen, es bleibt ein Rest von Unbehagen. Vor allem ist sie nur ein kümmerlicher Ersatz für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Israel. Die Bundesregierung kann sich immer noch nicht dazu entschließen, obwohl prominente Vertreter der sie tragenden Parteien, sofern sie zu Besuch in Israel weilten, wiederholt bei ihren Gastgebern den Eindruck entstehen ließen, der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern stünde nichts im Wege. Nach der Rückkehr hört man allerdings nichts mehr davon und so wird die Bundesregierung zu einer Haltung ermuntert, die uns allen nicht zur Ehre gereicht. Diese Frage sei in diesem Stadium noch nicht aktuell, ließ sich erst kürzlich Bundeskanzler Erhard auf dem CDU-Parteitag in Hannover vernehmen. Dieses nichtssagende, die eigene Verlegenheit entblößende Argument hört die deutsche Öffentlichkeit seit vielen Jahren. Seine häufige Wiederholung trägt nicht gerade zu seiner Glaubwürdigkeit bei, es nimmt auch keine Rücksicht auf verständliche israelitische Empfindlichkeiten. Wie in vielen anderen Bereichen drückt sich die Bundesregierung vor einer klaren Stellungnahme; sie scheut Entscheidungen und wählt stattdessen den Ausweg von Ersatzlösungen. Wie lange noch? Im Falle der Verweigerung der diplomatischen Beziehungen mit Israel setzt sich die Bundesregierung dem Vorwurf schuldhaften Versagens aus. Dieser nicht leichtfertig erhobene Vorwurf wiegt vor dem Hintergrund dessen, was den Angehörigen des israelischen Volkes im "tausendjährigen Reich" geschah, um so schwerer. Was nützen "Wochen der Brüderlichkeit", wenn sie ohne folgerichtige Konsequenzen bleiben?

+ + +

18. März 1964

### "Arbeitsgemeinschaft Nationale Politik"

#### Eine politische Neugründung in Schleswig-Holstein

sp - Seit dem 7. März gibt es in der Bundesrepublik eine neue politische Partei, die auf dem rechten Flügel der Parteienskala rangiert, wenn ihr auch nicht nachgesagt werden kann, daß sie rechtsradikaler Ideologien nachlaufe. Bei der in Kiel gegründeten "Arbeitsgemeinschaft Nationale Politik" (ANP) handelt es sich sozusagen um eine Nachfolgeorganisation der Gesamtdeutschen Partei (GdP) unter Einbeziehung von rechtsorientierten politischen Gruppen und Grüppchen. Ob es dieser neu Partei, die auf Initiative des GdP-Landesvorsitzenden Dr. Herbert Beer gegründet worden ist, gelingen wird, die Fünf-Prozent-Sperrklausel der Wahlgesetze zu überwinden, kann bezweifelt werden.

Bei der Parteigründung in Kiel, die in den nächsten Wochen auch in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Bremen und Hamburg vorgenommen werden soll, wurde recht deutlich, daß vor allem beim kleinen Mittelstand, bei den Bauern, bei den Kriegsoptionen und bei den Vertriebenen noch eine große Unzufriedenheit mit der Politik der Bundesregierung besteht. Diese Schichten, die zum Teil noch konservativ denken, beginnen aber zu begreifen, daß die CDU/CSU eben nicht so sozialpolitisch und mittelstandspolitisch auf der Höhe ist, wie es nach außen hin den Anschein hat. Die Leute, die sich in der ANP gefunden haben, sind eben ganz einfach unzufrieden.

Neben Dr. Beer, der erstaunlicherweise als GdP-Landesvorsitzender unbehelligt von der AdP-Bundeszentrale in Hannover eine neue Partei gründen konnte, sitzen noch im Vorstand der ANP Männer aus dem Deutschen Block, dem Notverband im Landvolk, der Gesamtdeutschen Hockschul-Gruppe, dem Block Junger Deutscher und dem Schleswig-Holstein-Block. Bemerkenswert auch, daß sich Vertreter der Deutschen Reichspartei und der Deutschen Freiheits-Partei in der ANP zusammengefunden haben, obgleich sie sich nach ihrer Spaltung bitter bekämpften. Hier erhebt sich die Frage, ob diese widerstrebenden Gruppen nun künftig überhaupt in der ANP zusammenarbeiten und Frieden halten können.

Der Konstruktion nach ist die neue Partei ein Zwitter-Gebilde. Politische Parteien und Grüppchen können ihr kooperativ angehören. Sie müssen Beiträge zahlen, haben aber kein Stimmrecht. Einzelmitglieder haben Stimmrecht und dürfen nach Lage der Dinge zwei Parteien angehören, wobei sie aber dann aus der Zweitpartei ausscheiden müssen, wenn sie für die ANP kandidieren wollen. Zweifellos zwingt diese Satzung dazu, die kleinen Gruppierungen aufzusaugen, wobei voraussichtlich denn die GdP unter neuem Namen der Gewinner sein wird.

Die ersten Parteideologien, die zwei Arbeitsgemeinschaften für nationale und soziale Politik vortrugen und die Rede von Dr. Beer sowie eines Mannes aus dem Notverband im Landvolk besitzen eine große Spannweite. Es klingt da etwas vom strikten Neutralismus in Richtung der Nationalbolschewisten an und ist zugleich etwas von der europäischen Konzeption eines de Gaulle zu vernehmen. Wirtschaftspolitisch bewegt man sich auf der Ebene der Foujadisten und der Männer, die einst die Marktordnung der NS-Reichsbauernkammer machten. Das Ganze ist noch höchst unausgegrenzt, zeigt aber auch andererseits den Willen auf, die Probleme zu durchdenken und sich möglicherweise als eine Art sozial-konservative Partei rechts der CDU zu etablieren.

## Neue Konturen in Frankreich

### Politische Müdigkeit oder Protest ?

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Der Protest gegen das autoritäre Regime zeigt in Frankreich erstaunliche Formen. Die letzten Kantonalratswahlen waren hierfür ein typisches Beispiel. Die Kantonalräte sind eine sehr alte Einrichtung lokaler Demokratie. In früheren Zeiten spielten sie eine große Rolle. In der gegenwärtigen 5. Republik sind sie oft nur noch Form ohne Inhalt. Das gleiche Los ist im Grunde genommen auch der Nationalversammlung und noch mehr dem Senat beschieden, der auf dem Aussterbe-Etat steht.

### Massive Stimmenthaltung beim ersten Wahlgang

Ungefähr die Hälfte der französischen Wähler war am zweiten Märzsonntag aufgerufen, einen Teil dieser Kantonalräte zu erneuern. Dabei kam es zu einem Rekord der Stimmenthaltung, der alles bisher in der 4. und 5. Republik übertraf: fast 45 Prozent.

Alle Parteien und auch die französische Regierung zeigen sich ernstlich beunruhigt über diese massive Abstinenz, über diese scheinbare Gleichgültigkeit der französischen Wähler. In gaullistischen Kreisen klingt allerdings eine gewisse Genugtuung mit: Einrichtungen, für welche das Volk so wenig Interesse zeigt, können leicht entrechtet und eines Tages überhaupt abgeschafft werden.

### "Republikaner" und "Nationale"

Da ist aber dieser dritte Märzsonntag, an welchem die Stichwahl für die Departements stattfinden mußte, in deren es vorher keine absolute Mehrheit gab. Plötzlich erwachte das politische Interesse; es kam zu Wahlabkommen, die für die kommenden französischen Präsidentschaftswahlen kennzeichnend sein könnten.

Auf der einen Seite bildete sich zwischen den Linksparteien eine Art "Kartell der Republikaner" gegen die Kandidaten des gaullistischen Regimes. Auf der anderen Seite riefen die Gaullisten zu einer Gegenfront der "Nationalen", nämlich der rechtsbürgerlichen, konservativen und auch rechtsextremen Kreise; bedenkliche Etikette, die an spanische Erfahrungen anknüpfen: "Republikaner" und "Nationale". So entstanden zwei Blöcke, ein "Linksblock" und ein "Rechtsblock", zunächst nur auf bestimmte Departements und Provinzen beschränkt, möglicherweise aber als warnendes Vorzeichen für die ganze Nation.

### "Einheitsfronten" von den Kommunisten bis zu den Konservativen

Das Vorgehen der Linksparteien verdient besondere Beachtung, nachdem die sogenannte Volksfrontentwicklung auf nationaler Ebene seit der Kandidatur Defferres gestoppt schien. In den meisten Fällen kam es Mitte März zu keinem ausdrücklichen Wahlabkommen, sondern nur

zu stillschweigenden Übereinkommen, jeweils den weniger begünstigten Kandidaten zurückzuziehen. In diesem Sinn handelten beispielsweise in Nordfrankreich und auch im Departement Bouches-du-Rhône Sozialisten, Kommunisten, PSU (Unabhängige Sozialisten) und Radikale (Liberale), um den gaullistischen Kandidaten zu schlagen. Wo aber eine "gaullistische Gefahr" nicht bestand, hielten Sozialisten und Kommunisten auch im zweiten Wahlgang ihre Kandidaturen aufrecht und traten gegeneinander an. An anderen Orten wieder, wie in der Haute-Vienne, lehnte es die SFIO grundsätzlich ab, ihre Kandidaten zurückzuziehen.

Zu Absprachen lokalen Charakters zwischen Sozialisten und Kommunisten kam es nur in wenigen Wahlkreisen, so an der Marne, Isère und Tarn-et-Garonne mit Beteiligung der Liberalen und anderen demokratischen Mittelgruppen. Diese Front gegen den Gaullismus wurde in einigen Provinzen sogar auf die christlich-demokratische MRP und auf Rechtsunabhängige ausgedehnt, so im Departement Loire.

- \* In Lille begünstigten die Kommunisten selbst die Wahl des
- \* bekannten r e c h t s bürgerlichen Führers Bertrand
- \* M o t t e , um den Regierungskandidaten zu schlagen. Die
- \* Kommunisten gingen so weit, sich selbst dann zugunsten
- \* gemäßigter Kandidaten zurückzuziehen, wenn sie aus
- \* dem ersten Wahlgang bereits als relativ stärkste Partei
- \* hervorgegangen waren.

Ähnlich handelte die gaullistische UNR, indem sie den Grundsatz aufstellte: "Wir unterstützen in jedem Kanton den nationalen Kandidaten mit den jeweils besten Chancen."

#### Vorspiel zur Präsidentenwahl

Selbstverständlich stellt man sich jetzt in Frankreich überall die Frage, ob diese Teilwahlen ein typisches Beispiel für die kommenden Präsidentschaftswahlen sein könnten. Gewiß stehen in den Kantonen meist lokale Interessen und oft sogar persönliche Probleme im Vordergrund. Erst in zweiter Linie versucht man sich politisch abzugrenzen. Gerade das geschah aber im zweiten Wahlgang, der zu einer Art Kraftprobe zwischen Anhängern und Gegnern des gaullistischen Regimes wurde.

Dabei ergab sich interessanterweise eine prozentuale Stimmenverteilung, die mit dem klassischen Kräfteverhältnis, wie man es in der 4. Republik kannte, fast identisch ist: 22 Prozent Kommunisten, 17 Prozent Sozialisten, 17 Prozent für Parteien der Linken Mitte, 10 Prozent für die christlich-demokratische MRP, 12 Prozent Gaullisten und 22 Prozent für verschiedene rechtsbürgerliche und rechtsextreme Gruppen. Mit anderen Worten, die Gruppierungen, die zu Recht oder Unrecht als Linksparteien betrachtet werden, erhielten zusammen die absolute Mehrheit (56 Prozent), mit der MRP sogar 66 Prozent. Die verschwindende Minderheit der 12 Prozent Gaullisten gibt ein Bild von der eigentlichen Kraft dieser Richtung, wenn sie nicht unter dem unmittelbaren Patronat ihres Chefs steht. In diesem Sinn können die Kantonalratswahlen ein Fingerzeig für die weitere politische Entwicklung in Frankreich sein.